

höhere Offiziere und
tuttgart.
nalpolizei wurde der
le des Allgemeinen
Landauer, der sich
n in Stuttgart

vers Seim.
cht!

mittag die Kriminal-
teilung, daß sich seit
Beimar einen Krimi-
Wohnung im Hause
Sein zufällig kennen-
ommen. Erst Montag
der gesuchte Mörder
riminalbeamte zu der

hoch den 43jährigen
ch Bruchschuß. Der
visch, der zurzeit in
ch einen Bruchschuß
aus gebracht werden
andenden Verwirrung
ommen.

ten.

ball.

2:5 (1:1); B.S. Saar-
ia Worms — SpWg.

2:2; S.E. Freiburg —
ngen 1860 2:1; Union

0:1; S.P.S. Mainz 10
nfurt a. M. — B.V.

2; SpWg. Arzberg

Woche

Februar

halt 54
nPid.
Pfg.

alt 80
Fund
Pfg.

Fund 1.90

ha

merq

entgegen bis zu
Dr. Doeffler.

Baumstüd
13,03
Dr. Doeffler.

den jedes Kind
end und sich. Es
om durch einmaligen
gen mit der best
schenden schmerz
vervollständigen
zeitiger Benutzung
des linken Rheinu
geschrieben worden
ist und fache zu be
weisen, daß die von
den deutschen Beh
örden getroffenen
Maßnahmen unverein
bar mit dem Geist des
Abkommens von Locarno
sind. Er bedient
sich bei seinen Ausführungen
einer Broschüre der deutschen
Liga für Menschenrechte,
aus der er ganze Seiten
vorliest.

Neuer Hochheimer Stadtmessenger

Amfliches Organ



Stadt Hochheim

Ercheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hirs- beim Telefon 50, Geschäftsstelle in Hochheim: Massenbetriebsr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Zeile 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postkontonr. 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 14.

Donnerstag, den 2. Februar 1928

5. Jahrgang.

Neues vom Tage.

— Eine Abordnung von 27 Bauernvereinen hat beim Reichs- landesrat vorgesprochen, um ihm die Wünsche und Entschlüsse vorzutragen, die sie bezüglich der Rillage der Landwirtschaft gefaßt haben.

— Die Reichslandesziffer für die Lebenshaltungskosten (Er- nährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Sta- tistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar auf 150,8 gegen 151,3 im Vormonat. Sie ist somit um 0,5 v. H. zurückgegangen. Der Rückgang ist im wesentlichen auf eine Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen; insbesondere haben die Preise für Butter, Fleisch und Eier nachgegeben.

— Unter Bezugnahme auf einen angeblichen Zwischenfall, der sich gelegentlich eines Vortrages des deutsch-österreichischen Trup- penführers v. Lettow-Vorbeck in Speyer ereignet haben soll, wurde der Regierung in Speyer vom Vizepräsidenten der Internationalen Rheinlandkommission mitgeteilt, daß alle Vorträge Lettow-Vorbeds im besetzten Gebiete untersagt werden, da sie geeignet seien, die Sicherheit und Würde der Besatzungstruppen zu gefährden.

— Die französische Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Eröffnung eines Kredites von 400 000 Fr. zur Subventionierung der französischen Abteilung auf der Internationalen Presseausstellung in Köln im Jahre 1928 ge- fordert wird.

— Die tschechoslowakische Regierung dementiert die Gerüchte, daß eine teilweise Mobilisierung der tschechoslowakischen Armee gegen Ungarn angedacht wurde. Diese Gerüchte seien offenbar dadurch entstanden, daß einige tschechische Einberufungsscheine erhalten haben, sofort den aktiven Dienst anzutreten.

— Die neue norwegische Regierung, die nur aus Vertretern der Arbeiterpartei besteht, erklärte, sie wolle in diesem Jahre keine militärischen Übungen stattfinden lassen und den Versuch machen, eine vollständige Abrüstung Norwegens vorzubereiten. In politi- schen Kreisen glaubt man, daß die Lebenszeit der neuen Regierung sehr kurz sein wird.

— Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington, das Staatsdepartement habe sich der Gewährung einer 30-Millionen- Dollar-Anleihe, die die Sozialregierung in den Vereinigten Staa- ten zum Ausbau ihres Eisenbahnnetzes aufnehmen wollte, wider- setzt.

— In Palmira (Kolumbien) kürzte eine vor kurzem errichtete Seifenfabrik ein, wobei sieben Personen getötet wurden.

Deutsch-französische Beziehungen.

Just zur selben Zeit, da im Reichstag in Verbindung mit der Beratung des Etats des Auswärtigen eine große außenpolitische Debatte stattfindet, beschäftigt sich auch der Senat, das französische Oberhaus, mit außenpolitischen Fragen. Dort handelt es sich um die Behandlung verschiedener Inter- pellationen zur Außenpolitik.

Es liegt in der Natur der Sache, daß in den Diskussionen in Berlin sowohl wie in Paris die deutsch-französischen Be- ziehungen einen breiten Raum einnehmen. Der deutsche Außenminister hat die Aussprache darüber eingeleitet mit seinen bekannten Bemerkungen zur Besatzungsfrage. Auch die übrigen Redner, die im Reichstag zum Wort kamen, behandel- ten dieses Thema, und man kann von einer „Einheitsfront“ sprechen, die alle erst zu nehmenden Parteien umfaßt.

Im französischen Senat hörte man wieder die alten, längst gewordenen Töne gegen Deutschland. Als ob kein Versailler Vertrag da wäre, der Deutschlands Rüstung auf ein 100 000 Mann starkes Heer von Berufsoldaten reduziert hat, sprachen einzelne Senatoren von der „deutschen Gefahr“. So sagte ein Redner, Stresemann habe erklärt, Deutschland ist abgerüstet, rüstet nun auch eurerseits ab! Aber der Friedensvertrag habe ihm ein modernes Heer aufgezwungen, ein Kadresheer, hinter dem die alte Formel, und seine Industrie sei noch in der Periode der Organisation begriffen. Wenn Frankreich jetzt abrüstet, so würde es sich einer großen Gefahr aussetzen. — Das ist sehr weit gefaßt; man zwingt Deutschland durch Ver- faires sein jetziges Heer auf, und dann macht man ihm dieses Heer wieder zum Vorwurf.

Ein anderer Redner, der Senator Coeurd — ausgerechnet ein Elässer — trug dann alles zusammen, was in den letzten Jahren in der französischen nationalen und militärischen Presse gegen Deutschland, namentlich gegen die Reichswehr, geschrieben worden ist und fachte zu beweisen, daß die von den deutschen Behörden getroffenen Maßnahmen unvereinbar seien mit dem Geist des Abkommens von Locarno. Er bedient sich bei seinen Ausführungen einer Broschüre der deutschen Liga für Menschenrechte, aus der er ganze Seiten vorliest.

Einen vernünftigen Standpunkt nahm in der ganzen bis- herigen Debatte nur der Senator Lemery ein, indem er aus- führte: Zur gegenwärtigen Stunde gibt es zwei brennende Probleme: Erstens, wird Frankreich die Frage der Räumung des linken Rheinufer lösen, und wie? Zweitens, welchen Nutzen wird Frankreich aus dem Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Beilegung des Krieges ziehen? Reichsminister Marx habe im Reichstag erklärt, die Rheinlandbesetzung sei im Widerspruch zum Geiste des 20. Jahrhunderts, und gestern habe Stresemann ausgeführt, Deutschland habe die Rhein- landbesetzung gefordert, weil die Aufrechterhaltung der Be- setzung ein unüberwindliches Hindernis für die deutsch-fran-

zösische Annäherung böte, auf der der künftige Friede be- gründet sei. Allen Deutschen würde die Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheinlandes ein Beweis für den kriege- rischen Geist Frankreichs sein. In gewisser Beziehung, so er- klärte Lemery, bin ich mit den Deutschen einverstanden. Man muß zwischen der Politik des Zwanges gegen die Deutschen und der Politik der Verständigung mit diesen Deutschen wählen. Die letztere Politik ist gewählt worden, aber sie ist offenbar unvereinbar mit der weiteren Beibehaltung unserer Funktionen am Rhein. Das bedeutet nicht, daß ich für eine unendliche Räumung bin. Aber will man, um diese Frage zu regeln, bis zum Jahre 1935 warten, wenn das Rheinland- pfand nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages seinen ganzen Wert verloren haben wird? Die Deutschen überfluten mit ihren Argumenten die ganze Welt, die Zeit aber arbeitet in der Räumungsfrage nicht für uns.

Außer dieser einen Stimme hat man bis jetzt keine andere gehört, die das Problem der deutsch-französischen Beziehungen ruhig und rein sachlich beurteilt. Man muß nun gespannt darauf sein, wie sich Außenminister Briand in Beantwortung der Interpellationen über diese Frage äußert. Mit Auffassun- gen, wie sie die eingangs erwähnten Redner vortrugen, kommt man natürlich nicht weiter!

Die innerpolitische Lage.

Der Koalitionswissenschaft.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich mit dem Zwischenfall befaßt, der in der Plenarsitzung des Reichstages dadurch entstanden war, daß der deutschnationale Abgeordnete v. Freytag-Loringhoven an der Außenpolitik des Reichsministeriums Kritik geübt hatte, was den Abg. Ullrich (Ztr.) zu einer scharfen Entgegnung veranlaßte. Die deutschnatio- nalen hatten dann durch den Abg. v. Lindner nochmals eine Erklärung abgeben lassen.

Wie gemeldet wird, sieht der Vorstand der Zentrumsf- raktion diesen Zwischenfall als erledigt an, nachdem in der Rede des Abg. v. Lindner-Wildau (Dnatl.) die nach den Be- mangelungen des Abg. Ullrich (Ztr.) gehalten wurde, die Deutschnationalen erklärt haben, daß sie an den drei wich- tigsten Punkten der Außenpolitik: Mitarbeit am Völkerbund, Locarno-Politik und insbesondere Verständigung mit dem west- lichen Nachbarn festzuhalten gewillt sind.

Von deutschnationaler Seite wird mitgeteilt, daß die Deutschnationale Volkspartei den Vorstoß des Zentrumsad- geordneten Ullrich in der Dienstagsdebatte des Reichstages zum Etat des Auswärtigen Amt gegen den deutschnationalen Abg. Freytag-Loringhoven als erledigt ansieht, nach- dem ihr von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden ist, daß der vom Abg. Ullrich vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entprochen habe.

Das Schulgesetz.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages will die Ent- scheidung über das Schulgesetz so rasch wie nur irgend möglich herbeiführen. Die Fraktion des Zentrums hat ihre Forde- rungen für die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Stim- mungsstellen formuliert, und diese formulierten Anträge dem Reichsminister zu dem Zweck übergeben, daß er sowohl im Kabinett die Angelegenheit erörtern und klären, wie auch mit den Parteiführern der Regierungsparteien recht bald Fühlung nimmt.

Die Räumungsfrage.

Ein Vorschlag Briands?

Die Rede Stresemanns, so schreibt das „Echo de Paris“, hat Briand ernstlich in Verlegenheit gebracht. Man bemerkt dies an der Vertagung der Rede, die er im Senat hätte halten sollen. Das Blatt sagt, Stresemann habe Briand vor die Alternative gestellt: Entweder ist der Locarno-Vertrag etwas wert, und in diesem Falle ist die Sicherheit Frankreichs garan- tiert, und die Rheinlandbesetzung muß in Kürze erfolgen oder aber die Rheinlandbesetzung bleibt bestehen und Locarno ist als wert- und wirkungslos anerkannt worden. Man müsse angeben, daß dieses Argument der Stärke nicht entbehre.

Nach Ansicht des Blattes beabsichtigt Briand, Deutschland als Lösung eine weitere Herabsetzung der Besatzungspärke von 60 000 auf 50 000 Mann vorzuschlagen.

Botschafter v. Prittwitz.

Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist der neue deutsche Botschafter in Washington vom Präsidenten Coolidge zur Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen wor- den. Er richtete bei der Ueberreichung eine Ansprache an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, in der er ausführte, der aufrichtige Wunsch des deutschen Volkes, ein ungeheures Ver- mögen seines Vorgesandten u. Wolken und seiner eigenen

Ueberzeugung würden ihn alle Kräfte anspannen lassen, auf das Ziel der Fortführung der Bemühungen von Wilson um die Festigung der Freundschaft zwischen den beiden Völkern unablässig hinzuwirken. Unter Hinweis auf die Friedens- fundgebungen des Präsidenten betonte der Botschafter, daß auch Deutschland den Wiederaufbau der unter den Nachwehen des großen Krieges noch leidenden Welt durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen den Völkern für möglich halte und zu dieser Zusammenarbeit bereit sei.

In seiner Erwiderrungsansprache begrüßte Coolidge den neuen Botschafter aufs herzlichste und erklärte, daß er in der Ankündigung der Fortführung der Politik des hier so populär gewordenen, leider zu früh verstorbenen Botschafters von Rathenau, die beste Garantie für die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen er- blide.

Deutschland und Oesterreich.

Rechtsangleichung und wirtschaftliche Annäherung.

Der österreichische Justizminister Dr. Dinghofer, der gegen- wärtig in Berlin weilte, gewährte einem Zeitungskorrespon- denten eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Natürlich ist die Einführung eines gleichen Strafrechtbuchs in Deutsch- land und Oesterreich nur ein erster Schritt auf dem Wege der Rechtsangleichung. Wir sind entschlossen, auf diesem Wege weiter zu gehen, und die Vorbereitungen dazu sind bereits im Gange. Wir beabsichtigen insbesondere, die Angleichung auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts zu vollziehen, und wenn einmal das gemeinsame Strafrecht vollendet sein wird, werden wir wohl zunächst die Ausarbeitung eines gemeinsamen Wechselrechts unternehmen. Auf dem Wege der Rechtsanglei- chung liegt ferner die Klärung der Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit in beiden Ländern.

Es unterliegt, so fuhr der Minister fort, keinem Zweifel, daß der Anschlußgedanke sich in der österreichischen Bevölle- rung immer mehr vertieft. Die Friedensverträge verbieten nur den politischen Anschluß, nicht aber den wirtschaftlichen. Es gibt Möglichkeiten, die wirtschaftliche Annäherung zu voll- ziehen, ohne daß Oesterreich seine Selbständigkeit aufgibt, zu deren Aufrechterhaltung es sich verpflichtet. Ich kann mit aller Bestimmtheit erklären, daß niemals irgendein öster- reichischer Abgeordneter einer wirtschaftlichen Kombination zustimmen wird, die eine Spitze gegen Deutschland hat.

Politische Tageschau.

— **Einigkeit gegen die Splitterparteien?** Im Reichstag haben wieder Besprechungen stattgefunden über die Maß- nahmen, die im Kampfe gegen die Bildung von Splitter- parteien anzuwenden wären. Allseitig wurde dabei zum Aus- druck gebracht, daß das Splitterparteiwesen eine Gefahr für den ganzen deutschen Parlamentarismus bilde. Die Auf- fassungen über die Gegenmaßnahmen sind sich sachlich näher- gekommen, so daß damit gerechnet werden kann, daß der Deutsche Reichstag noch vor den Neuwahlen entsprechende Änderungen des Wahlgesetzes durchführen wird. Die über, den amtlichen Einheitsstimmentel abzusprechen, ist vorläufig fallen gelassen worden, neuerdings gehen vielmehr die Be- strebungen dahin, die Maßnahmen, die einzelne Länder bereits gegen die Splitterparteien eingeführt haben, die aber wegen der fehlenden verfassungsmäßigen Grundlage vom Staats- gerichtshof beanstandet worden sind, nunmehr verfassungs- mäßig zu sanktionieren. Das würde bedeuten, daß in Ju- nius Wahlvorschlüsse nur noch eingereicht werden dürfen, wenn eine bestimmte Zahl von Unterschriften dafür vorhanden ist und außerdem eine Kaution gestellt werden kann, die ver- mütlich wenigstens so hoch sein müßte, daß die Stimmzetteln damit gedeckt werden können. Die Fraktions- und Parteiführer werden im Laufe dieser Woche die Verhandlun- gen über diese Angelegenheit fortsetzen.

— **Einberufung des Deutschen Landwirtschaftsrates.** Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates, der Gesamtvertretung der geselligen Berufsorganisation der deutschen Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern) hat sich mit der über das ganze Reichsgebiet sich erstreckenden und alle Betriebsgrößen betreffenden starken Zunahme der Agrar- stiftis befaßt und angesichts dieser Entwicklung beschlossen, mit verkürzter Einberufungsfrist die Vollversammlung des Deut- schen Landwirtschaftsrates zum Mittwoch, den 22. Februar dieses Jahres einzuberufen.

— **Keine Landtagsneuwahlen in Hessen.** Der hessische Staatsgerichtshof, der sich mit dem Einspruch der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialisten und der Evangelischen Volks- gemeinschaft gegen die letzte Landtagswahl befaßte, fällte, wie aus Darmstadt gemeldet wird, nach sechsständiger Sitzung fol- gendes Urteil: „Die Anfechtungen der hessischen Landtagswahl vom 13. November 1927 werden als unbegründet zurück- gewiesen.“

Soziales.

Hochheim a. M., den 2. Februar 1928.

—r. Trauerfeier. Ein großer Leidenszug bewegte sich am verflochtenen Dienstag, den 31. Januar, nach dem hiesigen Friedhofe. Der im Alter von 75 Jahren dahingegangene Weinbau- und Viehwirtschaftler Herr Johann Anton Hirschmann, wurde zur letzten Ruhe bestattet. In dem Trauergefolge schritten die Spiken der hiesigen Stobberverwaltung, eine große Anzahl fränkischer Kinder und viele Leidtragende. Nach der kirchlichen Einsegnung am Grab wurden unter ehrenden Nachrufen Kränze niedergelegt. Zunächst widmete Herr Domänenrat Otterpohl im Namen der Hirschmannschen Weinbau- und Viehwirtschaftsverwaltung einen Kranz, bei dessen Niederlegung er ausführte, daß in dem Verstorbenen er einen treuen Freund und sachkundigen Berater betrauerte, dessen Andenken so bald nicht erlöschen werde. Weitere Kränze wurden gewidmet von der Hirschmannschen Weinbau- und Viehwirtschaftsverwaltung, ferner dem 13. „Landwirtschaftlichen Bezirksverein“, den Arbeitern und Arbeiterinnen des Hauses Hirschmann, dem Vorsitzenden der „Hochheimer Vereinsbank“, dessen Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Verstorbenen lange Jahre war und der „Ortsbauernschaft“. Der Dahingegangene, ausgezeichnet durch Vorzüge des Geistes und der Persönlichkeit, war ein Sohn des Rheingaus und in Mittelhessen geboren. Durch seinen gemeinnützigen Sinn gehörte er lange Jahre den hiesigen städtischen Körperschaften als eifriges Mitglied an und nahm regen Anteil an der Entwicklung und dem Emporblühen unserer Stadt. Ferner war er eine Autorität im Weinbau und sein Name auf diesem Gebiete nah und weit geschätzt. So dürfte das Andenken des Verstorbenen in Segen bleiben. Er möge ruhen in Frieden!

—r. Frühlingboten. Durch die milde Witterung des Monats Januar verbunden mit den reichlichen Niederschlägen, machen sich bereits in der Natur die Frühlingboten bemerkbar, was nicht die Freude des Landwirtes findet, da alsdann spätere Kälteeinbrüche, die unabwendbar sind, großen Schaden verrichten. So wird von der Bergstraße gemeldet, daß hier in den Gärten die Schlüsselblumen blühen. Weiterhin zeigen Gladiolen, Tulpen, Pfingsttulpen, die Sträucher des Fiebers und der Jasmin trübselige Knospen, ebenso haben die Haselsträucher ihre gelben Blütenbüschelchen bereits entwickelt, und an geschützten Stellen lugen die zarten Palmfrüchte bereits aus den Knospen hervor. Auch bei uns ist die Natur in ihrer Frühlingseinstimmung bereits weit vorgeschritten, obwohl der Winter noch lange nicht zu Ende ist.

Der Sternenhimmel im Februar 1928.

Schon werden die Tage länger, die Dämmerung beginnt Mitte des Monats erst gegen halb 7 Uhr. Es wird langsam Frühjahrs, auch am Sternenhimmel, denn es steigen im Osten die typischen Frühjahrssternbilder empor: Der große Löwe mit seinem hellen Hauptstern, dem königlichen Regulus, und in späterer Abendstunde folgt ihm die Jungfrau mit Spica. Im Südosten steht der Krebs mit dem Sternhaufen Procyon, den schon ein Opernglas aufzulösen vermag. Südlich davon die Wasserschlange. Im Meridian finden wir den Orion, das himmelsprächtigste Sternbild, südlich von diesem den großen Hund mit Sirius. Ueber Orion stehen die Zwillinge mit den Brüdern Pollux und Castor, mehr westlich der Bär mit dem Plejaden, noch weiter polwärts der Fuhrmann mit Capella und der Perseus mit dem veränderlichen Stern Algol.

Durch diese Bilder zieht die Milchstraße von Südosten kommend weiter zur Cassiopeia und Cepheus und sinkt im Norden unter dem Horizont. Am Westhimmel stehen der Widder und Andromeda-Pegasus. Im Osten erhebt sich der Wagen wieder in größeren Höhen. — Als einziger Planet am Abendhimmel glänzt Jupiter am Südwesthimmel bis etwa acht Uhr abends am Himmel. Auch Merkur ist zum Monatsanfang noch Abendstern, verschwindet allerdings bald in den Sonnenstrahlen und steht am 24. in unterer Konjunktion zur Sonne.

Pies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leonine o. Winterfeld.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Nachdruck und Vervielfältigung in fremde Sprachen vorbehalten.

30. Fortsetzung.

Aus der Haustür trat die Mutter, ihr Köbchen mit der Arbeit in der Hand. Sie setzte sich zu Pies unter die Linde.

„Schläfst er noch? Himmel ja, daß man nun auch schon Großmutter ist! Uebrigens Pies, ich habe eine große Bitte an dich. So ist mir lieb, daß ich dich hier allein finde.“ Pies sah lächelnd von ihrer Arbeit auf und schob leise mit der Fußspitze den Wagen ein wenig zurück, daß der kleine nicht gestört würde durch lautes Sprechen.

„Nun, Mutterchen, ich bin ja ordentlich neugierig.“ Mutter Eldenhorst legte die Hornbrille auf die Nase, wie sie beim Sticken zu tun pflegte, denn sie jung mittleren Alters war, weilsichtig zu werden. Dann räusperte sie sich ein wenig.

„Nun, — ja, Pies, — schickst du, — ich meine ja bloß wegen Ellen. Sie ist doch jetzt alt genug, daß sie weiß, was sie will. Und Pastor Eile.“

„Ja, wurde Frau Mutterchen in ihrer sinnenden Rede unterbrochen.“

Aus dem Obstgarten kam Ellen im Sturmschritt, ein Köbchen schwenkend.

„Kinder, denkt nur, die ersten Erdbeeren!“

Und sie setzte sich vor die beiden auf den weißen Gartentisch.

„Ellen, ja — der Junge schläft!“

„Erstoder hatte Pies den Finger auf den Mund gelegt.“

„Ach, verzeih — so, — ich werde ihn ein bißchen ins Gebüsch schieben, damit wir ungestört schwatzen können. Mutter, was hast du eben von Pastor Eile gesagt? Ich hab's noch gerade gehört.“

Frau Mutterchen lachte ein bißchen verlegen.

Alle anderen Planeten stehen am Morgenhimmel. So geht Mars zwei Stunden vor der Sonne auf, Venus zwei bis einhalb Stunden und Saturn fünf Stunden vor der Sonne. — Unser treuer Begleiter, der Mond, steht am 5. in vollem Glanz am Himmel, am 13. ist letztes Viertel, am 21. Neumond, und der 28. bringt das erste Viertel. Die Sonne wandert weiter nordwärts in ihrer Bahn, so daß die Tage immer länger werden. Die Helligkeitsdauer beträgt mit Einschluß der Morgen- und Abenddämmerung am Anfang des Monats etwa 15 Stunden, zu Ende zwölf Stunden.

—r. Weiterbetrachtung für Freitag. Fortdauer des unbedingten, unfreundlichen Wetters. Abwechselnd bewölkt, Niederschläge.

—r. Verlängerung der Gültigkeit der Hindenburg-Marken. Die Hindenburg-Wohlfahrtsbriefmarken und Jubiläumsmarken, deren Vertrieb mit dem 31. Januar beendet werden sollte, werden wegen der anhaltenden Nachfrage noch bis Ende März bei den Postämtern und bei den Vertriebsstellen der Deutschen Reichspost, den Wohlfahrtsämtern und bekannten Organisationen der freien Wohlfahrtspflege verkauft. Ihre postale Gültigkeit endet erst am 31. Mai. Zahlreiche Anträge, die aus dem Mittelstand und von Sozial- und Kleinrentnern schon jetzt eingingen, beweisen immer von neuem die große Not, die bekämpft werden muß. Für weitere Mittel zu schaffen, möge jeder, der einen noch so geringen Betrag zur Linderung der Not beitragen kann, nach Kräften Hindenburg-Marken und Postkarten kaufen und versenden.

Ein Heldenlied vom Frieden ist der am Samstag und Sonntag in U. F. laufende Film: „Stacheldraht.“ Dieser Film ist kein Weltkriegsfilm, der uns noch einmal die traurige Geschichte ins Gedächtnis rufen soll, sondern er ist ein Werk des Friedens und der Völkerverständigung! In diesem Film gibt es Szenen, die zu den gewaltigsten künstlerischen Leistungen gerechnet werden können. Ein jeder, der den Film sieht, wird ihn als unendlich großes Erlebnis in sich aufnehmen und unaussprechlich werden die ergreifenden Szenen im Gedächtnis haften bleiben. — Selbst die kleineren Rollen sind in diesem Film von ersten Darstellern besetzt. Pola Negri spielt die weibliche Hauptrolle. Die beiden männlichen Hauptrollen spielen Elise Brod und der junge Schwede Einar Hanjón, der kurz nach den Aufnahmen tödlich verunglückte. — Es ist Pflicht eines Jeden, sich dieses Kunstwerk anzusehen. — Der Stacheldraht ist durchschnitten; wir wollen hoffen, daß dieses eiserne Traut nie wieder emporsteht! — Ein gutes Beiprogramm wird dafür sorgen, daß auch die Kinder auf ihre Kosten kommen. — Sonntag am 4. Uhr Kindervorstellung.

Man schreibt uns:

Zwei beachtenswerte Neuerwerbungen der GEG.

Im November und Dezember des verflochtenen Jahres 1927 hat die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in dem Ankauf der größten Fleischwarenfabrik in Europa, den Böts-Werken A. G. in Oldenburg, und im Ankauf des in der Altmark gelegenen 2700 Morgen großen Ritterguts Osterholz einen weiteren großen Fortschritt in der Eigenproduktion durch die organisierten Konsumenten vollzogen. Dient die Fleischwarenfabrik in Oldenburg dazu, dem gesteigerten Bedarf der Mitglieder in den Konsumvereinen nachzukommen, so soll der Erwerb des Ritterguts in erster Linie zur Eigenherstellung von Rohgewürzen, insbesondere Erdbeeren, Bohnen, Karotten und Blumenkohl, für die eigene Gemüse- und Obst-Konservenfabrik in Stendal Verwendung finden.

Die G. G. G. Fleischwarenfabrik in Oldenburg erhebt sich auf einem 180.000 qm. großen Grundstück und ist sowohl architektonisch, wie betriebsmäßig eine der vollkommensten Betriebszentralen. Bis zu 2000 Schweine können täglich durch Beendigung ihres Lebensweges verarbeitet werden.

Bei voller Ausnutzung aller Gebäude und Einrichtungen können rund 1500 Personen Beschäftigung finden.

Das Landgut Osterholz besteht aus 400 Morgen Wald, 500 Morgen Wiesen und 1800 Morgen Ackerland. Im lebenden Inventar sind vorhanden: 500 Schafe, 120 Kühe und 60 Pferde. Außer der Gemüserzeugung mit der Schweine- und Mast neu aufgenommen.

Tatkräftig markiert der Gedanke der organisierten Verbraucher in den Konsumvereinen: Wir wollen unsern Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen.

—r. Fremdenvorstellungen im Staatstheater Wiesbaden. Als weitere Fremdenvorstellung ist für Sonntag den 12. Februar ds. Jrs. im Großen Hause vorgegeben „Prinz Friedrich von Homburg“ Schauspiel von Heinrich von Kleist. Anfang 15 Uhr. Ende 17.15 Uhr. Ermäßigter Preise. Kartenbestellungen werden bei den auswärtigen Vorverkaufsstellen bis Sonntag, den 5. Febr. ds. Jrs. abends entgegengenommen.

Aus Nah und Fern.

Opel verdoppelt seine Belegschaft.

Es sollen 7000 Mann neu eingestellt werden.

—r. Küsselsheim. In den Opelwerken haben die Masse einstellungen von Arbeitern begonnen. Es sind bei den Arbeitern der Stadt Mainz, Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt etc. Erwerbslose angefordert worden. Jetzt werden täglich etwa 1000 Arbeiterkräfte in den Abteilungen Fahrradbau und Automobilbau neu eingestellt. Seit dem 1. Januar ist die Gesamtbelegschaft von 7000 auf 14.000 gewachsen, sie soll im Laufe der nächsten Monate auf 15.000 gesteigert werden. Inzwischen sind weitere umfangreiche Ausschaffungsarbeiten für die bauliche Erweiterung der Opelwerke im Angriff genommen worden. Fertiggestellt wird zurzeit der neue Stofwerk hohe, 1 Opelwerke überragende Kellerturm, ein Konstruktionswerk Baukunst.

—r. Darmstadt. (Die Einfuhr von Vieh aus verbotenen Gebieten.) Der Minister des Innern erläßt eine Bekanntmachung über die Einfuhr von Vieh aus verbotenen Gebieten, in der es heißt: Die preussische Regierungsbezirke Schleswig, Holstein, Hannover und Braunschweig der Landesgrenzen Oldenburg gelten als stark verunreinigt. Eine meiner Anordnung vom 13. 1. 28. Alles aus den Gebieten nach Hessen eingeführte Rinder und Pferde unterliegt demnach der fünfjährigen Absonderung nach Maßgabe der Vorschriften.

—r. Hückel. (Unfall in den Hückeler Farwerken.) Bei der Legung von Radeln in den Farwerken brach die Bohle eines Hängegerüsts. Dabei stürzten 3 Arbeiter in die Tiefe. Dem einen gelang es, sich am Gefäß zu halten, während der andere 10 Meter tief stürzte und den Jamboden aufschlug. Mit schweren Verletzungen ist er ins Krankenhaus.

—r. Herbolzheim, Vogelsberg. (Im Walde tödlich verlegt.) Der junge Arbeiter Karl Decker von Engel (Kreis Lauterbach) wurde im dortigen Gemeindefeld bei Holzhausen von einem unglücklich stürzenden Baume getroffen. Mit schweren Verletzungen am Hinterkopf mußte der 22-jährige Arbeiter nach Hause getragen werden, wo er infolge schwerer Verletzungen erlag.

—r. Marburg. (Zuchthaus für einen rückfälligen Dieb.) Vor dem hiesigen Schöffengericht stand ein zwanzigmal verurteilter Dieb aus Hessen unter der Flagge des Strahntaus, den er am hellen Tage auf ein Fußwege bei Hertenrod (Kreis Widenlopf) mittels fünfzig Ueberfalls an seinem Schwager verübt hatte, wegen Raubmordes und Betruges. Er wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

—r. Kassel. (Der neue Kasseler Bezirksleiter.) An Stelle des verstorbenen Dr. phil. Dr. Ing. H. Meyer ist Dr. Ing. Bleibmann zum Bezirksleiter ernannt. Der neue Kasseler Bezirksleiter wird von dem Reichsminister des Innern ernannt und von dem Reichsminister des Innern ernannt.

—r. Taubert der kleine, gelbe Jagdwagen vor's Haus. „Fried und Anst wollen pirschen fahren“, sagte Ellen, erlauernd und sprang über den Rasen.

Aus der Haustür traten in Joppe und hohen Stiefeln die beiden Jäger, die Büchse über der Schulter.

Gerade als er einzufallen wollte, sah Anst seine Frau und seinen Jungen unter der Linde.

Da ging er mit hasten, trocknen Schritten über den Rasen hin zu ihnen.

„Donnerwetter, hat der Bengel rote Backen. Wo kommst du mit?“

„Aber Anst, die Frida ist doch nicht da, wer soll die Jungen zu Bett bringen?“

„Doch, da sind doch genug Frauenpersonen da.“

Er sah zu Ellen herüber.

Die ludte lachend die Achseln.

„Wenn Pies aber Angst hat, daß wir ihn fallen lassen, oder ihm hier statt Milch geben?“

Dann sagte sie mit komischem Pathos:

„Pies, du hast mir einst lang und breit auseinandergelegt, daß die Interessen der Gattin immer über dem der Mutter stehen sollten. Das war graue Theorie. Jetzt kommt die Praxis.“

Fried war jetzt auch langsam über den Rasen zu den anderen getreten.

Er legte beide Hände lachend auf den Rücken.

„Rechts oder links, Pies? Mann oder Kind?“

Pies war rot geworden und lächelte ihren strampelnden Jungen.

„Ja, läme ja selbstverständlich mit dir, Anst, wenn Frida da wäre, aber —“

„Aha, jetzt kommt das Aber!“

Fried dachte sich lachend an dem Hasen herum.

„Dann komm nur. Mit einem Baby darf ein Mann konzentrieren bei der Mutter.“

Anst dachte stürmend an seinem Väterchen.

War entschieden eifersüchtig auf seinen Jungen. Da bewachte er die Anst.

(Fortsetzung folgt.)

aus 400 Morgen Wald
Morgen Aderland. 500
500 Schafe, 120 Kühe
Gemüsezuchtung wird
aufgenommen.
Die organisierte
Wir wollen uns
nehmen.
Staatstheater Wiesbaden
ist für Sonntag
Hause vorgeführt
Hauptspiel von Heinrich
17.15 Uhr. Ermäßig
bei den auswärtigen
den 5. Febr. ds. Jrs.

Fern.
Beleuchtung.
Bestellt werden.
haben die Masse
Es sind bei
Wiesbaden, Frankfurt
best worden. Zur
in den Abteilung
eingestellt. Seit de
von 7000 auf 95
nächsten Monate
sind weitere
für die bauliche Erw
genommen worde
Stadtwerk hohe,
ein Konstrukt des
von Reich a
Minister des Inn
Einfuhr von Reich
heißt: Die preuss
Hannover und St
als stark verfeind
28. Alles aus die
Zucht- und Rupp
sonderung nach W
Höchster Par
in den Harbör
Dabei kürzten
ang es, sich am G
er tief stürzte und
deren Verletzungen
Walde tödt
Leber von Engel
Gemeindewald
den Baume getro
loß mußte der
werden, wo er se
in einen ruf
Schöffengericht stand
Gehen unter der
hellen Tage auf ein
entlopf) mittels hint
berührt hatte, so
6. Er wurde zu 6
ahren und 7 Mon
Der Bezirks
Dr. phil. Dr. Ing.
Stabschef für
von dem Breukis
agen vord Haus.
fahren," sagte El
en.
und hohen Stief
er Schulter.
ah Amt seine Br
Schritten über d
rote Baden. Vie
ht da, wer soll d
Frauenspersonen
wir ihn fallen las
athos:
breit auseinander
immer über dem
graue Theorie. Ja
den Rufen zu
den Rücken.
ober Rind?
ihren Krampfs
die, Anut, wenn
in Haden herum.
aby darf ein W
inem Bärtchen.
en Jungen. De
Fortsetzung folgt.)

Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in dieser
Eigenschaft bestätigt worden. Dr. Bleibach vertritt in der
bezeichneten Stelle für den Umfang des Regierungsbezirks
Mittel den Konfession der Kunstschüler in Berlin.

Wiesbaden, (Rot-Kreuz-Tag.) Wie in den
Vorjahren, wird auch in diesem Jahre ein Rot-Kreuz-Tag am
Sonntag, den 13. Mai, aus Anlaß des hundertsten Geburts-
tages des Gründers des Roten Kreuzes, Henry Dunant, ver-
anstaltet werden. Das Deutsche Rote Kreuz will die Ver-
anstaltung zu einer Verbundwoche ausgestalten, um einen nach-
haltigen Erfolg zu erzielen. Mit der Veranstaltung wird
wieder eine Geldsammlung verbunden werden. Regierungs-
präsident Ehrler empfiehlt die Förderung dieser dem Volks-
wohl zugute kommende Veranstaltung des Roten Kreuzes.

Wiesbaden, (Reichsbankdirektor Hennig.)
Hier starb nach schwerer Krankheit Reichsbankdirektor Max
Hennig, der erste Vorstandsbeamte der Reichsbankstelle Wies-
baden.

Mainz, (Verbotene Vorträge.) Der Vorsitzende
der Interalliierten Rheinlandkommission hat der Regierung
in Speyer mitgeteilt, daß er alle Vorträge des Generals von
Bettow-Vorbed für das besetzte Gebiet verboten habe. Ferner
find alle Versammlungen, in denen der General von François
über die Schlacht von Tannenberg spricht, im besetzten Gebiet
verboten.

Bingen, (Unterbringung.) Verschwunden ist
unter Wahrung von etwa 2000 Mark ein junger Mann von
hier. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt.

Die bedenkliche Finanzlage Hessens.

Der hessische Staatsvoranschlag ist dem Landtag zuge-
gangen. Er schließt mit einem Gesamtbedarf für Verwaltungsaus-
gaben von 139 Millionen Mark, dem an laufenden Ein-
nahmen rund 128 Millionen gegenüberstehen. Es verbleibt
also ein ungedeckter Fehlbetrag von 11 Millionen, von denen
8,5 Millionen auf Befolgungserhöhungen entfallen, so daß der
eigentliche Fehlbetrag ohne diese nur 2,5 Millionen betragen
würde, gegen 7,3 Millionen im Vorjahre. Hierbei ist aller-
dings zu beachten, daß im neuen Jahre besondere Bedarfs-
mittel fehlen, wie zum Beispiel Reste-Stock- und Reichs-
zuschüsse, die in den letzten Jahren die Fehlbeträge auszugleichen
müßten waren. Zusammen verbleiben für 1926 noch 7,5
Millionen zu decken, worüber mit dem Reich gegenwärtig ver-
handelt wird. Dasselbe gilt für die Deckung des Fehlbetrages
1927, der nominell 7,3 Millionen beträgt, sich aber vermutlich
um weitere 4,25 Millionen erhöhen wird durch die Belastun-
gen mit Befolgungserhöhungen, die ja bereits ab 1. Oktober
1927 laufen. Für die Deckung des Fehlbetrages von 1928 in
Höhe von 11 Millionen sind bisher keine Mittel vorhanden,
da der Reste-Stock bereits in 1926 aufgebraucht ist.

Zum Schluß des Berichtes über den Entwurf wird eine
Aufstellung über die Steuereinnahmen, Reichsüberweisungen
u.ä. veröffentlicht, aus der die bedenkliche Finanzlage weiter
erkelt. Schließlich wird betont, daß die Regierung es nicht am
Streben nach strengster Sparfamkeit fehlen läßt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Februar.

Die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wird fort-
gesetzt.

Abg. Frau Dr. Bäumler (Dem.) führt aus, es könne nicht ge-
leugnet werden, daß nicht nur bei uns, sondern bei allen auf-
richtigen Vertretern der Völkervereinigung eine tiefe Enttäuschung
über die Entwicklung der letzten Jahre herrsche, besonders hin-
sichtlich der Abrüstung. Die geschichtliche Aufgabe Deutschlands
im Völkerverbund liege darin, daß es als legaler Mitarbeiter nicht
nur den Artikel 8 der Völkervereinigung, sondern auch auf
allen anderen Gebieten die Idee und Vision des Völkerverbundes
und die neuen Methoden des Völkerverkehrs mit Nachdruck fördern
und ausbilden. Der nachdrücklichsten Betonung der Anomalie
zwischen Rheinlandbesetzung und Locarno-Vertrag durch den
Außenminister schloßen sich die Demokraten durchaus an. Wenn
Bismarck neulich die Frage der Rheinlandbesetzung nicht als aktuell
bezeichnet habe, so müsse betont werden, daß sie für uns keine
Augenblicksaufgabe, aktuell zu sein.

Abg. Stöcker (Komm.) meint, die Rede des Abg. v. Freytag
Vorlesungen sei den Deutschnationalen sichtlich unangenehm ge-
wesen.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnet die deutsche
Außenpolitik als eine konsequente Unwahrscheinlichkeit dem deutschen
Volk gegenüber. Das Volk sei darüber gekränkt worden, daß mit
dem Dawes-Pakt die deutsche Souveränität veräußert wurde.
Stresemann habe mit seiner Völkervereinigungspolitik vollständig ban-
rot gemacht. Ein Handelsvertrag mit Polen müsse abgelehnt
werden. Die heutige Außenpolitik sei ein niederrichterlicher, infamster
Verrat des Volkes. Der Redner erhält einen Ordnungsruf.

Abg. Graefe (Völk.) sieht in dem Dawes-Pakt die Ursache des
heute beginnenden Untergangs der deutschen Landwirtschaft und des
Verfalls der übrigen Wirtschaftszweige.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wendet sich zu den gestri-
gen Ausführungen des Abg. v. Freytag-Vorlesungen und der dazu
vom „Vorwärts“ aufgeworfenen Frage, was der Minister dazu
erklären wolle. Der Minister betont, er könne nicht mit dem
Abgeordneten v. Einbecker die Rede des Abgeordneten v. Freytag
als eine wertvolle Ergänzung der Ministerrede betrachten. Die
Deutschnationalen haben die Voranpolitik nicht etwa terminiert
anerkannt. Wenn Abg. v. Freytag eine Ablehnung von der deutsch-
nationalen Verständigungspolitik fordert, so liegt darin ein
Gegensatz zu dieser Haltung seiner Fraktion. Es trifft nicht zu,
daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte. Herr v. Freytag
hat nicht den neuen Weg angegeben, den wir nach seiner Meinung
einschlagen sollen. Das wäre also nicht ein neuer Weg unserer
Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichts-
verpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und
den Beifall der kleineren Staaten errungen. Wir wollen die
Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der
Locarno-Vertrag hat uns die Freiheit des Völkerverkehrs und viele
andere Erleichterungen gebracht. Der Fortschritt geht natürlich
nur schrittweise. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich in
Locarno nicht nur um das Verbotswort handeln sollte, sondern
um den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des
Friedens. Deutschland ist schon um seiner Selbstbehauptung willen
zu einer solchen Politik genötigt. Vor einem neuen deutschen Imperia-
lismus kann wirklich nicht gesprochen werden. Natürlich ist seit
Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt, aber ich betrachte
es als meine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum kann ich auch an
die französische Axt die Wahrung richten: Nun ruht auch das

Caro, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes
werden kann. (Beifall.) Ein französischer Senator hat gesagt,
Deutschland habe durch den Versailler Vertrag das modernste Heer
der Welt bekommen. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten
der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen. (Sehr
gut.) Die von französischer Seite gegen eine Rheinlandbesetzung
angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Ganz unverständ-
lich ist die Erklärung, Deutschland müßte erst seine Reparations-
verpflichtungen erfüllen. Die Rheinlandbesetzung soll doch auch
nach dem Versailler Vertrag nicht so lange dauern, bis die letzte
Millionen bezahlt ist. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der
Besetzung als einen Nachschub betrachtet, so wäre nicht zu ver-
stehen, daß es diesen Nachschub für irgend eine Gegenleistung
aus der Hand geben will. Ich hoffe jedoch, daß es uns gelingen
wird, bald die letzten Demütsigungen zu beenden, die einer wirkungs-
vollen Zusammenarbeit mit Frankreich dem Werke des Welt-
friedens noch entgegenstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) meint, Dr. Stresemann habe ge-
sprochen wie ein Minister der lokalen Opposition.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den
Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller
und die Völkischen abgelehnt wird.

Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den
Ausführungsvorschlägen angenommen.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Anrufung
des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in erster
und zweiter Beratung angenommen, dann vertagt sich das Haus
auf Donnerstag 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen die Einsprüche gegen die Aus-
weisung der Kommunisten Florin und Bach und der Etat der
besetzten Gebiete.

Handelsteil.

Frankfurt a. M., 1. Februar.

— **Devisenmarkt.** Der Kurs der Mark hielt sich auf 4,1965
Reichsmark je Dollar und 20,44 Rm. je englisches Pfund.

— **Effektenmarkt.** Die Börse war unsicher und verzeichnete
noch während der Notiz der Effekte einen starken Rückgang.

— **Produktenmarkt.** Es wurden bezahlt für 100 kg. in Rm.:
Weizen 22,75—24,75, Roggen 24,50, Sommergerste 27,50—29,50,
Hafer incl. 23,50—24, Mais gelb 21,75—22, Mais Mixed 22,50
bis 22,75, Weizenmehl 36,50—37, Roggenmehl 33,50—35,25,
Weizenkleie 14,15—14,25, Roggenkleie 15—15,25.

Berlin, 1. Februar.

— **Devisenmarkt.** Das Devisengeschäft zeigte ein weiteres
Zurückweichen des englischen Pfundes.

— **Effektenmarkt.** Die Tendenz der Börse war unsicher und
lustlos.

— **Produktenmarkt.** Es wurden bezahlt für 100 kg. in Rm.:
Weizen makt. 22,50—22,80, Roggen makt. 22,80—23,10, Weizen-
gerste 22—27, Hafer makt. 20—21,10, Mais La Plata 21,20—21,40,
Weizenmehl 29—33,25, Roggenmehl 30—33,25, Weizenkleie 15,20,
Roggenkleie 15,20.

Letzte Nachrichten.

Die Handwerksnobelle im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 2. Februar. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss
des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewerbeordnung
und des Handelsgesetzbuches. (Handwerksnobelle.) Der Geset-
zgeber bringt eine Umgestaltung des Wahlrechts zu den
Kammern und Handwerkskammern. Für letztere wird das
allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt,
für alle Gewerbetreibenden, die selbständig ein Handwerk be-
treiben. Ferner wird das bisher übliche Aufsichtsrecht über
die Handwerkskammern geändert. Der bisher bei den Hand-
werkskammern bestellte Staatskommissar soll in Fortfall kom-
men und die Aufsichtsführung über die Kammern direkt durch
die oberste Landesbehörde erfolgen. Im allgemeinen wurde der
Regierungsvorlage zugestimmt.

Das Schulschiff „Großherzogin Elisabeth“ in Pernambuco.

Bremen, 2. Februar. Das Schulschiff des Deutschen
Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth“ ist am 31. Januar
wohlbehalten in Pernambuco angekommen. Es wird am
2. Februar die Heimreise nach der Vaterstadt antreten.

Friedrichs' Gnadengesuch abgelehnt.

Berlin, 2. Februar. Wie aus Weimar gemeldet wird, hat
das Thüringische Staatsministerium die Gnadengesuche für den
Oberstaatsanwalt Dr. Friedrichs abgelehnt, so daß mit der
alsbaldigen Vollstreckung der fünfmonatigen Gefängnisstrafe
zu rechnen ist.

Die französisch-amerikanischen Antikriegspartieverhandlungen.

Paris, 2. Februar. Wie Havas aus Washington berichtet,
erklärt man im Weißen Hause, Präsident Coolidge weigere
sich, die Entwicklung der französisch-amerikanischen Verhand-
lungen über einen Antikriegspakt zu kommentieren. Man er-
kläre jedoch im Namen des Präsidenten, daß die allgemeine
Stellungnahme der amerikanischen Regierung die sei, daß die
Beteiligten Staaten den geplanten Vertrag billigen würden,
daß sie jedoch die Ansicht vertritt, daß es vorteilhafter und
nützlicher sei, wenn er zwischen einer gewissen Anzahl von Län-
dern abgeschlossen würde.

Ungültigkeitsklärung linksradikaler Wahllisten in Polen.

Warschau, 2. Februar. Die staatliche Wahlkommission
hat gestern die Wahllisten der sozialdemokratischen Linken und
von zwei halbkomunistisch-radikalen Bauernparteien — wie
es heißt, aus formellen Gründen — für ungültig erklärt.

Sühne für die Unruhen in Großwardein.

Bukarest, 2. Februar. Das Kriegsgericht in Klausenburg
verurteilte vier Studenten als Aufstörer der antisemitischen
Unruhen in Großwardein zu je zwei Monaten Gefängnis.

90 000 Mark unterzulegen.

Wien, 2. Februar. Durch die Zusammenarbeit der Brie-
ger und der Berliner Kriminalpolizei wurde eine umfang-
reiche Unterzählung zum Nachteil der Reichsbank aufgedeckt.
Der bei der Reichsbanknebenstelle Wien beschäftigte gewesene
Reichsbankpraktikant Josef Bach verhoffte sich im Sommer
vorigen Jahres einen Girovordruck und erwarb mit Hilfe
dieses Vordrucks im Juni die Auszahlung von 90 000 Mark
bei der Reichsbank in Deutchen an einen Freund seiner Frau.

Dieser Freund ist als Mittäter bereits verhaftet worden.
Josef Bach selbst, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl erlassen
wurde, ist vorläufig, da er wegen Krankheit nicht kassfähig
ist, auf freiem Fuß belassen worden.

Verfahren wegen Anstiftung zum Mord.

Nürnberg, 2. Februar. Bei dem Untersuchungsrichter des
Landgerichts Nürnberg schwebt jetzt eine Voruntersuchung
gegen den gegenwärtig in Straßburg befindlichen Kommerzien-
rat und früheren Konsul Guggenheimer wegen Anstiftung
zum Mord. Guggenheimer soll einen Zellengenossen namens
Woll, zuletzt Kaufmann in Nürnberg, angestiftet haben, den
Landtagsabgeordneten und früheren Stadtrat und Hauptlehrer
Julius Streicher gegen eine Entlohnung von 25 000 Mark aus
dem Wege zu schaffen.

Wegen Raubes und Körperverletzung zu schweren Zuchthaus-
strafen verurteilt.

Bülow, 2. Februar. Das Schöffengericht Bülow hat die
Arbeiter Hauke, Sulau und Berndt wegen Raubes und Kör-
perverletzung zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. In der
Nacht zum 23. November v. J. hatten die Angeklagten den
schlafenden Hofbesitzer Schmidt in seiner Wohnung in Bar-
now mit einem Knüttel niedergeschlagen und verläßt, ihn
zu berauben. Der 18mal vorbestrafte Verbrecher Sulau wurde
zu fünf Jahren Zuchthaus und wegen Mordraubes zu zwei
Jahren Gefängnis verurteilt. Bei Hauke erkannte das Gericht
auf fünf Jahre und fünf Monate Zuchthaus. Berndt erhielt
vier Jahre Gefängnis.

Schiffsunglück.

Ausland, Neuseeland, 2. Februar. Nach einer hier ein-
gegangenen drahtlosen Meldung ist das britische Transport-
schiff „Oceantransport“ an einer großen Insel gescheitert und
schon zerstört worden. Die Besatzung konnte sich retten.

Peter Limbourg.

Er wollte verhaften!

Unmittelbar nachdem Peter Limbourg seine für ihn ver-
hängnisvollen Aussagen gemacht hatte, beobachtete der über-
wachende Kriminalkommissar der politischen Abteilung, wie
Dr. Joseph Limbourg seinem Bruder in aller Heimlichkeit
zwei dicke Pakete Postnoten

zustellte. Es waren im ganzen 20 000 Mark. Diese außer-
ordentlich verdächtige Tatsache veranlaßte den sofort unter-
richteten Leiter der politischen Polizei, entsprechende Maß-
nahmen zu treffen und die Ausgangskarten des Saales so zu
besetzen, daß Peter Limbourg nicht mehr aus dem Saal hinaus-
kam. Der Polizeikommissar veranlaßte nun die Zurückgabe
des Geldes an Dr. Joseph Limbourg, der es während in seine
Altenkassette steckte.

Mahgebend für die Einlieferung des Peter Limbourg in
das Gefängnis war lediglich seine offensichtliche Fluchtabsicht.
Verdunkelungsgefahr bestand nicht, da ja der Tatbestand vor
aller Öffentlichkeit klargelegt war. Die Inhaftnahme rechtfertigt
sich auch um so mehr, als Peter Limbourg unverheiratet
ist, viel Vermögen hat und große Besitzungen in Luxemburg
sein eigen nennt.

Dr. Joseph Limbourg hat 100 000 Mark als Sicherheits-
leistung für die vorläufige Freilassung seines Bruders an-
geboten. Die maßgebenden Behörden haben es aber abgelehnt,
Peter Limbourg freizulassen, weil gar kein Zweifel besteht,
daß er ungeachtet einer hinterlegten Summe sofort ins Aus-
land flüchten würde, wo man seiner nicht mehr habhaft wer-
den kann, weil er jenseits der deutschen Grenze im Westen
unter der Behauptung, es liege nur ein politisches Verbrechen
vor, bestimmt nicht ausgeliefert werden würde.

Ernstes und Heiteres.

Zu jung gestirbt!

Mit 20 Jahren wollte sich ein junger Mann aus Halle
in die Ehe stürzen. Das darf ein Mann bekanntlich erst mit
Eintritt der Volljährigkeit. Diese tritt für gewöhnlich mit
dem 21. Lebensjahr ein; sie kann aber vom Vormundschafts-
gericht schon früher erklärt werden, wenn sowohl der Minder-
jährige als auch der Inhaber der elterlichen Gewalt seine Ein-
willigung gibt. Der Vater des jungen Mannes war aber
gegen die vorzeitige Ehe. Da half sich der Verliebte auf andere
Weise. Er hatte einen älteren Freund, der ungefähr im Alter
seines Vaters stand. Diesen stellte er den Beamten als seinen
Vater vor, und der Beamte protokollierte die Einwilligung zur
Volljährigkeitserklärung. Das Vormundschaftsgericht beschloß
darauf, den jungen Mann als volljährig zu erklären und auf
Grund jener amtlichen Urkunde heiratete das Paar. Als der
Vater von der Ehe erfuhr, erhob er Einspruch. Der Sohn und
sein väterlicher Freund hatten sich vor dem Schöffengericht
Halle wegen intellektueller Urkundenfälschung zu verantworten.
Dem jungen Manne diktierte das Gericht zwei Monate Ge-
fängnis zu, die aber gegen Erstattung einer Buße von 60 Rm.
ausgesetzt wurden. Der andere kam mit einer Geldstrafe von
20 Rm. davon.

Aus aller Welt.

□ **Konkubinerfall.** Auf der Chaussee zwischen Friedrichs-
hagen und Dahmitz im Osten Berlins wurde der Sohn
eines Kartoffelhändlers auf seinem Fuhrwerk von einem un-
bekannten Mann angefallen, niedergeschlagen und seiner
Geldtasche mit 300 Mark beraubt. Von dem Täter fehlt jede
Spur.

□ **Unterschlagungen bei der Danziger Oberzolllasse.** Im
Zusammenhang mit den vor kurzer Zeit aufgedeckten Unter-
schlagungen bei der Oberzolllasse in Danzig ist nunmehr
noch ein weiterer Zollbeamter verhaftet worden, der mit einer
Summe von 6000 Gulden an den Veruntreuungen beteiligt
ist. Es besteht die Aussicht, daß der durch die Unterschlagungen
entstandene Schaden durch eigene Vermögenswerte gedeckt
werden kann. Wie verlautet, stehen noch weitere Verhaftungen
bevor.

□ **Der Streik der Bunkerarbeiter in Danzig.** Die Bunker-
arbeiter in Danziger Hafen haben den kürzlich ge-
schlossenen Schiedsspruch für die Hafenarbeiter abgelehnt und sind
in den Streik getreten. Von dem Streik sind fast alle Danziger
Bunkerlokalitäten betroffen, jedoch wird der Betrieb zum
größten Teil mit eigenen Kräften der Firmen aufrechterhalten.
Denne wurden zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und
der Gewerkschaften die Verhandlungen zur Beilegung des
Streites eingeleitet.

Samstag und Sonntag 8.30 Uhr im U.T.: Der große Film der Völkerverständigung:

„Stacheldraht“

mit Pola Negri. Sonntag 4 Uhr Kindervorstellung.

Die Pariser Automobilausstellung. Die Internationale Automobilausstellung in Paris findet in diesem Jahre an folgenden Terminen statt: Vom 4. bis 14. Oktober Personenkraftwagen; vom 25. Oktober bis 4. November Motorräder und Motorwagen; vom 15. bis 25. November Lastkraftwagen.

Verhaftete Kollisionsmissetäter. Wie die Blätter berichten, sind in Paris drei Personen verhaftet worden, die sich mit Kollisionsmissetaten befassen. Sie sollen durch einen Mittelsmann das Kollisionsgeld aus Deutschland erhalten haben. Die Namen der Verhafteten, von denen einer eine angesehene Pariser Persönlichkeit sein soll, werden vorläufig geheim gehalten.

Sturmschaden. Bei einem starken Sturm rief sich im Hafen von Catania ein russischer Dampfer los und wurde durch den hohen Seegang auf ein italienisches Schiff geschleudert, so daß er schwer beschädigt wurde. Mehrere andere im Hafen liegende Schiffe und eine neue Mole haben gelitten. Auch aus der Gegend von Messina werden Sturm und Gewitter gemeldet, die aber keinerlei Schaden anrichten.

Umtflichte Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Betr. Erhebung von Licht- und Wassergeld.
Am Freitag, den 3. Februar 1928 wird mit dem Ablesen der Elektrizitätszähler und der Erhebung des Strom-

geldes für den Verbrauchsmonat Dezember 1927 sowie des Wassergeldes für das 3. Quartal 1927 (Oktober-Dezember 1927) begonnen. Die Strom- und Wassergebühren werden erlucht, die ihnen bei der letzten Ablesung ungefähr angegebenen Rechnungsbeträge zur Abholung bereitzuhalten.

Die Rechnungsbeträge sind bei der erstmaligen Vorzeigung durch die Ableser an diese zu bezahlen. Für jeden vergeblichen Gang der Ableser wird eine Ganggebühr von 30 Pf. erhoben, bei Zahlungsverweigerung die Stellung abgelehnt und erst wieder angefordert, wenn die Rückstände und eine Anschlussgebühr von 5 RM. gezahlt sind. Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit der Berechnung oder des festgestellten Verbrauches sind schriftlich oder mündlich im Rathaus, Zimmer 6, anzubringen. Sie halten die Verpflichtung zur sofortigen Zahlung der Beträge an die Ableser nicht auf.

Auf die Bestimmungen in den Vorbruden der Rechnungsformulare wird im übrigen hingewiesen, insbesondere auf die Möglichkeit zur bargeldlosen Zahlung durch Bankchecks und Postbankchecks.

Hochheim a. M., den 31. Januar 1928.

Der Magistrat: Arzbücher

Betr. Satzungsänderung der Hess.-Rass. Landw. Berufs-genossenschaft.

Mit dem 1. Januar 1928 tritt nach einem Beschluß des Reichsversicherungsamts vom 22. Dezember 1927 ein Nachtrag zur Satzung der Hess.-Rass. Landw. Berufs-genossenschaft in Kraft. Insbesondere hat die Wahlordnung eine Neufassung erhalten.

Betriebsveränderungen, Neuanmeldungen und Einstellung von Betrieben treten nach der neuen Fassung der Satzungen (§ 36) mit dem 1. Januar des laufenden Jahres

in Kraft, wenn sie vor dem 1. Juli des laufenden Jahres gemeldet werden. Nach dem 1. Juli bei dem Genossenschaftsvorstand bzw. Sektionsvorstand eingehende Änderungsanträge haben erst mit dem 1. Januar des folgenden Jahres Wirksamkeit. Hiernach sind die Veränderungen der Eintragungen im Verzeichnis der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer, welche im laufenden Jahre berichtigt werden sollen, vor dem 1. Juli schriftlich dem Sektionsvorstand der Hess.-Rass. Landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaft in Wiesbaden, Kreisamt, oder zu Protokoll hier im Rathaus, Zimmer 6 zu melden.

Nach § 29 bis 32 der Satzungen sind die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer verpflichtet, Änderungen in ihrem Betriebe, welche für die Zugehörigkeit derselben zu der Genossenschaft oder für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung sind, dem Sektionsvorstand schriftlich anzuzeigen. Die schriftliche Meldung kann durch eine protokollläre Erklärung auf dem Bürgermeisteramt ersetzt werden. Änderungen in den Betrieben können entstehen durch An- oder Verkauf von Grundbesitz, Neueröffnung von Betrieben, durch Ankauf oder Anpachtung von Grundbesitz durch solche Personen, die früher noch keinen eigenen oder Pachtbesitz bewirtschaftet haben. Die Unterlassung der vorgeschriebenen Anzeigen hat außer der Straffälligkeit zur Folge, daß die Genossenschaftsbeiträge nicht geändert werden, sondern nach wie vor in der festgesetzten Höhe zu entrichten sind.

Die Neufassung der Satzungen und die neue Wahlordnung können von Interessenten im Rathaus, Zimmer 6 während der Vormittagsdienststunden eingesehen werden.

Hochheim a. M., den 31. Januar 1928.

Der Magistrat: Arzbücher

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreiche Kranz- und Blumenspenden bei dem Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, Frau

Barbara Margarethe Hundler

geb. Weibacher

sagen wir allen Verwandten und Bekannten auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank den barmh. Schwestern für die liebevollen Bemühungen, der Jahresklasse 1860, der werten Nachbarschaft und Allen, die der Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Geschwister Hundler

Hochheim, den 1. Februar 1928.

Die gegen den Radfahrerverein 1890

ausgesproch. Beleidigung nehme ich hiermit bedauernd zurück.

H. Sack, Wilhelmstraße Hochheim, den 2. Febr. 1928.

Ein möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension zu vermieten. Näheres Geschäftsstelle Wassenhellerstraße 25.

Topfiche — Lötter ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefert Topfichhaus Apog & Gluck Frankfurt a. M. 1884 Schreiben Sie sofort!

Große

heizbare Manjarde

mit Kof zu vermieten. Zu erfragen in der Expedition des Blattes.

Stellen-Anzeigen für den Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle „Hilfsheime Zeitung“, Schillerstr. 10, ohne Spesen-Zuschlag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich mit denen der anderen Zeitungen außerordentlich niedrig: sie betragen gegenwärtig nur 10 Pf. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellen-Angeboten und nur 70 Pf. bei Stellen-Gesuchen. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle: Verlag S. Dreierbach, Albrechtsheim.



Stilkleider

die große Mode, Kleidung für Gesellschaft, Nachmittag und Sport, nur Allerletzte bringt d. Winterband von Beyers Modellführer. Für 1,50 M. Überall zu haben.

Verlag Otto Beyer, Leipzig 7

Öffentliche Versteigerung.

Am Montag, den 6. Februar von 11 Uhr ab und coll. Dienstag ab 10 Uhr wird der Rest der Waren aus dem Konkurs Mannheimer meistbietend versteigert; im Saal des Taunus.

7091 Jahresklasse 7091

Hierdurch laden wir alle Kameradinnen und Kameraden, nebst Freundinnen und Freunden zu dem

»Bunten Abend«

am Samstag, den 4. Febr. 1928, 19.71 Uhr, im nördlich geschmückten Saal „Zur Rose“, im Reiche des Prinzen Karnevals, freundlichst ein. Saalöffnung 7.11 Uhr. Mit aller Freundschaft. Groß:

Der hohe Rat von 1907.



1897er

Samstag, den 4. Februar 1928 ab 8.30 Uhr

Versammlung

im Berliner-Ed., Bef. Dittmann.

Es steht fest

DASS DIE ZEITUNGS-ANZEIGE DAS WIRKSAMSTE WERBEMITTEL IST

„Karnevalsklänge“

Lustiges Potpourri

Über 25 der beliebtesten älteren u. neueren Karnevalslieder mit überlegter Textstrophe zusammengestellt von P. Hannemann

Heiteres mehrfarbiges Titelbild

für Klavier 2-händig Mk. 2.- für Zither Mk. 4.00
Salon-Orchester Mk. 3.- Mandol.-Quartett Mk. 1.60
Blasmusik Mk. 4.- Texte zum Mitsingen Mk. 0.02

Zu beziehen durch jede Buch- und Musikalienhandlung
Verlag von P. J. Tonger, Köln a. Rh.

Konserven billiger als Frischgemüse!

2 Pfd. Dose	2 Pfd. Dose
Apfelmus 68	Gemüse-Erbesen 68
Pflaumen mit Stein 75	Erbesen junge 85
Birnen weiß 1/2 Frucht 95	Erbesen junge, mittelfein 1.05
Mirabellen 1.25	Schnitt- u. Brechbohnen 62
Kirschen mit Stein 1.40	Karotten in Würfel 40
Ananas 250 gr.-Dose 50	Spinal 52

Billige Hülsenfrüchte!

Erbesen gelb, m. Sch. Pfd. v. 28	Linson Pfd. 62, 40 u. 25
Erbesen grün „ „ 36	Bohnen weiß Pfd. 36, 35 u. 22

Zwetschenlatwerg lose Pfd. 52	2 Pfd.-Eimer 1.05
Apfel-Gelee lose Pfd. 58	2 Pfd.-Eimer 1.15
Aprikosen-Konfitüre lose „ 70	2 Pfd.-Eimer 1.40

Marinaden

Rollschüssel, Bismarck, hantige, Heringe in Gelee u. Bratlinge 1 Liter 88

Große schwere

Trinkeier 10 St. 1.95

Heringssalat 1/2 Pfd. 28
Ff. Fleischsalat 1/2 Pfd. 35
Weinsülze 1/2 Pfd. 25

J. Latscha